

**XVII. Interparlamentarische Konferenz  
EUROPÄISCHE UNION – LATEINAMERIKA  
Lima (PERU), 14. bis 17. Juni 2005**

**„DIE STÄRKUNG DER  
INSTITUTIONEN UND DER POLITISCHEN PARTEIEN:  
EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE POLITISCHE GESELLSCHAFT UND DIE  
BÜRGER“**

**Abgeordneter CARLOS FEDERICO RUCKAUF**

### **Einführung**

Die Menschheit träumt von jeher vom Paradies auf Erden, das von allen Völkern, je nach ihren kulturellen Normen oder Religionen, an den Beginn ihrer Existenz gestellt wurde. Dennoch gibt es ein Element, das in allen Fällen gleich ist: Diese Träume von menschlicher Vollkommenheit sind in höchstem Grade **inklusiv**. Die wunderbare Beschreibung, die Thomas Morus in seinem berühmten Werk „Utopia“ vornimmt, vermittelt uns eine stark angenäherte Vorstellung davon, wie sehr wir uns danach sehnen, dass alle Menschen in Wohlstand leben und das Negative, dem wir täglich begegnen, verschwindet.

Stattdessen erleben wir Menschen ständig eine harte **Realität** voller **Beschränkungen und Ausgrenzungen**. Diese Realität zeigt uns, wie schwierig es ist, die erträumte Vollkommenheit zu erreichen und wie weit wir von dem in „Utopia“ beschriebenen Horizont entfernt sind.

Die Möglichkeiten, diesem Traum von Vollkommenheit näher zu kommen, hängen – wie in der Aufklärung postuliert wurde – weitgehend vom Stand der Technik, Wissenschaft und Organisation ab. Das Phänomen der Globalisierung ist zum Teil Ausdruck dessen. Das Problem besteht darin, dass Wissenschaft, Technik und Organisation nach wie vor durch Ambivalenz belastet sind. Sie können sowohl genutzt werden, um ein höheres Lebensniveau zu erreichen, als auch um neue und komplexere Formen von Herrschaft und Ausgrenzung zu errichten. Fortschritte bergen in sich kein Gegenmittel dagegen, dass sie durch einige Menschen für negative Zwecke ausgenutzt werden.

Daher ist eine ähnliche, wenn nicht noch stärkere **Entwicklung der Werte, der Ethik, der Institutionen und Gesetze** unverzichtbar, durch die die genannten wissenschaftlich-technischen Fortschritte reguliert, verbreitet, geschützt bzw. angewendet werden.

Natürlich entsteht und festigt sich der historische Werdegang nicht unter Vernachlässigung der innersten menschlichen Natur, diese muss vielmehr anerkannt, angenommen und in Richtung Politik gelenkt werden – es kommt darauf an, sie als einen gemeinsamen Raum, als eine gemeinsame Grundlage für die gesellschaftliche Verwirklichung der Individuen zu verstehen.

## Das ideale Modell und seine aktuellen Bedrohungen

Seit der griechischen Zivilisation wird akzeptiert, dass die **Demokratie** das **beste Regierungs- und Organisationssystem** ist, obwohl im Laufe der Geschichte in ihrem Namen Regime entwickelt wurden, die die elementarsten Voraussetzungen der Menschenwürde unterdrückt haben.

Auch wenn fast völlige Einigkeit in der These besteht, dass die Demokratie das optimale politische System für die persönliche und soziale Entwicklung darstellt, hat sich der demokratische Diskurs in den letzten Jahren auf eine bescheidenere Konzeption der Demokratie zurückgezogen, in der diese auf die Gewährung bestimmter Garantien gegenüber der autoritären Macht beschränkt wird, das heißt, als Negation einer Macht gesehen wird, die sich gegen den Bürgerwillen wendet.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage angebracht: Welchen positiven Inhalt hat eine demokratische Idee, die lediglich auf formelle Mindestgarantien reduziert ist? Namentlich diese Fragestellung bewegt derzeit die Debatte, deren Ziel es ist, Demokratie dort, wo es sie nicht gibt, einzuführen, sie dort, wo sie in Erscheinung tritt, zu festigen und dort, wo sie festen Fuß gefasst hat, zu verbessern.

Es ist wahr, dass die Demokratie – als System von Regeln für das Zusammenleben – eng mit der Politik verbunden ist, sowohl unter dem philosophischen Aspekt als auch als Verfahrenskonzept. Vielleicht sind wir eben deshalb heute Zeugen einer skeptischen Haltung ihr gegenüber, die ihre Ursache in dem Misskredit hat, in den die Politik geraten ist, in der Geringschätzung von Parteien und deren Führern. In diesem Prozess fördern die Auswirkungen der visuellen Technologien und falscher bzw. mangelnder Informationen, wie Sartori sagt, den Schritt vom Homo sapiens zum Homo videns, was uns unter dem politischen Aspekt mit einer ferngesteuerten Gesellschaft konfrontiert, in der das Politikvideo die Inhalte der öffentlichen Meinung manipuliert, einen der Grundpfeiler für die Errichtung des Demos und der demokratischen Legitimität unterhöhlt und den größten Teil der Bürgerschaft von den Problemen, die die Gemeinschaft betreffen, ausschließt bzw. fernhält.

Auch wenn die repräsentative Demokratie zu keiner Zeit ein ausreichender Mechanismus dafür war, dass der Demos denjenigen wählt, der ihn regieren sollte, was hauptsächlich dem Fehlen einer wirklichen Einbeziehung der Bürgerschaft geschuldet war, fällt diese Frage heute noch unzulänglicher aus, was dazu führt, dass Globalisierung und Postmoderne mehr und bessere Demokratie erforderlich machen.

Diese Behauptung beruht auf der dynamischen Konzeption der Demokratie, die nach den Worten eines amerikanischen Politologen „eine nicht zu Ende geführte Reise mit dem Ziel ist, eine Konzentration der Überbaugewalten zu verhindern, die die Dimension des Bürgers einengen“.

Unsere Kontinente dürfen die Demokratie nicht nur als Wahlsystem sehen, sondern müssen sie als eine Lebensform wahrnehmen. Vor diesem Hintergrund müssen sie den Fortschritten und Einschränkungen auf den Grund gehen und versuchen, eine Agenda der notwendigen Reformen zu konzipieren, um die Entwicklung der Demokratie auf jedem einzelnen Kontinent zu festigen und zu verbessern.

Allerdings gilt es auch die Herausforderungen zu berücksichtigen, die aus der technologischen Revolution im Informatik- und Kommunikationssektor erwachsen und die zu dem Glauben geführt haben, dass die politischen Projekte und Strategien durch technische Mittel verarbeitet werden müssen, was neue Regeln und Änderungen an der

Substanz der Politik hervorbringe und damit die Inszenierung von Skandalen, ein pragmatisches Marketing und elektronischen Populismus gestatte.

Meine bisherigen Ausführungen zielen auf die Notwendigkeit ab, die Demokratie in ihrer ursprünglichen Bedeutung wiederherzustellen, und zwar durch eine informationelle Demokratie zu Gesichtspunkten wie Stärkung der Lokalpolitik, Nutzung der elektronischen Medien für eine stärkere Mitbestimmung, horizontale Kommunikation, Entwicklung der symbolischen Politik und Mobilisierung in Fragen, die traditionell nicht politischer Art sind, jedoch einen breiten Konsens erzeugen, wie etwa humanitäre Fragen oder der Umweltschutz. Dass es derartige Konsense gibt, macht deutlich, dass die Legitimitätskrise des Nationalstaats, das Einfügen der Politik in den Wirkungsbereich der Medien, ihre Reduzierung auf Führungspersonen – oft in Kombination mit Autoritarismus und Demagogie, illegalen Finanzierungspraktiken, Verschleppung politischer Skandale und einem Bruch zwischen Ethik und Politik - die wachsende Abneigung gegenüber den Parteien, den Politikern und der Politik verursacht haben. Allerdings bedeutet dieses Misstrauen nicht, dass die Bürger etwa die Demokratie nicht schätzen, es ist nur so, dass sie heute höhere Anforderungen an das System stellen.

Die verschiedenen politisch-ideologischen Strömungen können sich diesem überbordenden Drang nach Neuanpassung oder Erneuerung nicht entziehen, sie ist unumgänglich, wenn auf die neuen Herausforderungen der Nationen richtig reagiert werden soll.

Während also die Doktrinen als Leitfaden erhalten bleiben, müssen sie doch ideologisch mit neuem Leben erfüllt werden, da die Probleme, die die Menschheit besonders ängstigen, beim Namen genannt werden und an die Stelle abstrakten und allgemeinen Geredes konkrete Vorschläge treten müssen, die den Kampf der Menschheit um die Lösung dieser Probleme förderlich sind. Auf diese Weise sterben die Ideologien nicht, wie von manchem lauthals verkündet wird, sondern erneuern sich. Und wenn sich Ideologien wandeln und erneuern, kann die Politik dies auch, indem sie ein neues Potenzial entwickelt, das ihr eine Ausweitung ihrer Vorschläge, Formen und Allianzen gestattet.

Wenn dem so ist, müssen sich auch die Parteien erneuern, müssen sie ihre Strukturen flexibler gestalten, sich für neue politische und soziale Akteure öffnen, ihren Groll und ihre Vorurteile überwinden und sich – den Blick in die Zukunft gerichtet – den für die Nation besten Vorschlägen zuzuwenden. Dabei müssen Dialog, Toleranz, Achtung vor anderen, Ethik und Einsatz friedlicher Mittel weiterhin – und zwar nachdrücklicher als zuvor – als Leitlinien demokratischen politischen Handelns gelten.

## **Die Situation der Institutionen in Lateinamerika**

Lateinamerika befindet sich in einer schwierigen Lage. Ungeachtet aller Fortschritte und potenziellen Möglichkeiten besteht in der Region die ernste Gefahr politischer Unregierbarkeit und Sozialabbaus. Wie ist dies nach zwanzig Jahren Demokratisierung möglich?

Zum einen, weil die Aufgabe nicht leicht ist: Von uns Lateinamerikanern wird verlangt, unsere Binnenmärkte zu verbessern, den Aufbau der nationalen und multinationalen Staaten zum Abschluss zu bringen, mit der Demokratisierung fortzufahren, für einen ausgeprägteren sozialen Zusammenhalt zu sorgen, eine von Rechtsstaatlichkeit und Verantwortung geprägte Kultur aufzubauen und die wirtschaftliche

Integration auf internationaler und regionaler Ebene zu verbessern. Bei all dem gehen wir von schwierigen Ausgangsbedingungen aus und handeln im Kontext der Globalisierung, die die Kontrollgewalt der Staaten schwächt.

Zum anderen war die Mehrheit der **demokratischen Regierungen nicht in der Lage, die für die unverzichtbare Entwicklung notwendigen Reformen voranzubringen**. Die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit der jungen lateinamerikanischen Demokratien fiel im Allgemeinen mittelmäßig aus, da der demokratische politische Prozess zumeist von Eliten vereinnahmt wurde, von denen ein Hinausgehen über die bekannten Formen weder vermocht noch gewollt wurde. Die in Lateinamerika in Gang gesetzten Reformen waren nicht immer die geeigneten, und sie waren auf jeden Fall zu zögerlich: Sie änderten nichts an der überkommenen abnormen Machtverteilung und der hartnäckigen Ungleichheit, in der diese zum Ausdruck kommt. Die internationale Zusammenarbeit hatte daran großen Anteil, hat sie doch diese Reformen häufig unterstützt und finanziert und sie für notwendig und ausreichend gehalten.

Wir Lateinamerikaner sind Demokraten, doch verspüren viele unserer Landsleute zunehmende Abneigung gegen die konkreten Demokratien, in denen sie leben, und manche sind sogar bereit, ein autokratisches Regime zu akzeptieren, wenn dadurch ihre wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen besser werden.

Das mangelnde Vertrauen in die Politik und ihre Führer, begleitet von der Schwäche der Institutionen, demontieren das kollektive Handeln und lassen im gesamten Sozialgefüge ein gefährliches „Rette sich, wer kann!“ um sich greifen.

In den Köpfen der Menschen hat sich konzeptuelle Verwirrung breit gemacht, denn uns wurde etwas proklamiert, was wir bereits waren: Demokratien, Marktwirtschaften und Rechtsstaaten. Da die Bürger den Umfang dieser Begriffe nicht kennen können – und die internationale Zusammenarbeit sie auch nicht erklären konnte oder wollte –, stellten sich im Ergebnis Abneigung gegen sie und die Bereitschaft ein, sich erneut von populistischen Abenteuern regieren zu lassen. Die Gefahr ist groß, dass aus so viel Mühe und Schmerz letztlich sehr wenig Lehren gezogen werden. Lateinamerika muss sich seiner harten Realität stellen: Armut, Ungleichheit, kaum lebensfähige Demokratien, unvollständige und sehr unvollkommene Märkte, ein niedriges Niveau an Rechtsstaatlichkeit, ein hohes Maß an Korruption... Und gleichzeitig muss Lateinamerika die institutionellen Fundamente der Wirtschaft und Politik, „die soziale Fabrik der öffentlichen Politiken“, wo die Wurzel aller Probleme steckt, aushebeln.

Ein wichtiges Phänomen, in manchen Breiten unverhofft, in anderen bereits wohlbekannt, ist in dem Drama der lateinamerikanischen Entwicklung in Erscheinung getreten: die Ungleichheit. Kaum jemand nimmt jedoch die Tatsache zur Kenntnis, dass es sich hierbei um institutionalisierte Ungleichheit, hauptsächlich auf informeller Ebene, handelt, die im gesamten Sozialgeflecht Metastasen hervorbringt und die demokratischen Fortschritte, die Effizienz der Märkte, die Effektivität der Staaten, die Rechtskultur und damit den sozialen Zusammenhalt verhindert bzw. extrem erschwert. Die bestehende Ungleichheit ist Ausdruck der Verteilung von Macht und Reichtum im Ergebnis konfliktbeladener historischer Prozesse, zu deren Lösung Regelungen gefunden wurden, deren Stabilität nicht von Bestand war. Die formellen und informellen institutionellen Formen, in denen derartige Einigungen zustande kommen, sind heute nicht nur ungerecht, sondern auch ineffizient. **Es wird keine stabile und dauerhafte Entwicklung geben ohne tief greifende institutionelle Reform, ohne eine – wenn ich so sagen darf - institutionelle „Neugründung“ Lateinamerikas.**

Um zu verstehen, was mit dieser „institutionellen Neugründung“ gemeint ist, und einfache Antworten zu vermeiden, muss man den Charakter und die Wurzeln der Ungleichheit in Lateinamerika begreifen. Sie ist keine Begleiterscheinung von Fehlern in den Marktwirtschaften, die als solche in fast keinem Land existieren, sondern unmittelbares Ergebnis der besonderen Geschichte der Region. Lateinamerika verzeichnet bekanntlich die weltweit größte Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen, wobei in einem solchen Fazit die Informationen über die Entwicklung der Region extrem vereinfacht dargestellt werden. Lateinamerika hat ein Pro-Kopf-BIP und einen Indikator der menschlichen Entwicklung, die spürbar über denen der übrigen Entwicklungsländer liegen. Was allerdings seine Armut und Bedürftigkeit angeht, so ist die Entwicklung insgesamt weit weniger vorangeschritten. Beispielsweise liegen Schätzungen vor, wonach bei einer vergleichbaren Ungleichheit wie der Asiens die Zahl der Armen in Lateinamerika auf ein Viertel sinken würde. Obwohl Lateinamerika als Ganzes in den vergangenen 25 Jahren mit Fortschritten aufwarten konnte, trifft andererseits auch zu, dass es insgesamt weniger vorangekommen ist als die übrige Welt.

Die Tatsache, dass die Ungleichheit nicht abgebaut werden kann, solange kein dauerhaftes Wachstum eintritt, deutet auf deren institutionellen Hintergrund hin. In der Tat geht es um viel mehr als um Einkommens- und Vermögensunterschiede. Wir sind vor allem mit ungleichen Möglichkeiten und Chancen konfrontiert. Die große Ungleichheit unter den Bürgern besteht in erster Linie aus Gründen des Geschlechts und der Zugehörigkeit zu ethnischen Gruppen. Zweitens herrscht unter ihnen ungleiche Sicherheit sowohl vor Naturkatastrophen als auch vor Kriminalität, vor Gefahren der sozialen Dynamik oder im Zusammenhang mit der Arbeit. Drittens herrscht Ungleichheit in Bezug auf die Eigentumsrechte – die Vermögenswerte der Armen sind schlecht definiert und genießen keinen Rechtsschutz, ihr Kapital wird nur auf unzuverlässigen und ineffizienten Finanzmärkten erwirtschaftet – und auf den Zugang zur Justiz, den öffentlichen Verwaltungen und ihren Diensten, denn die kostenbedingte Unsicherheit der Armen in ihren Beziehungen zu den öffentlichen Apparaten verurteilt sie zu den Einschränkungen wirtschaftlicher Unzuverlässigkeit. Viertens herrscht ein ungleicher Zugang zu Bildung und Gesundheit, da die unbestreitbaren Fortschritte in diesen Sektoren nicht verhindern, dass Bildung und Gesundheit, die den Zugang zu den gut bezahlten Arbeitsplätzen ermöglichen, das Privileg der Oberklassen bleiben. Fünftens sind sie ungleich in Bezug auf den Zugang zu unternehmerischen Chancen und zu produktiven Arbeitsplätzen. Sechstens leiden sie an politischer Ungleichheit, weil Armut und Bedürftigkeit dazu führen, dass viele Wahlen als Gelegenheit zum Verkauf eines Aktivpostens – ihrer Stimme – sehen und andere weniger aus programmatischen Gründen daran teilnehmen, sondern aufgrund der Notwendigkeit, eine Beschäftigung oder ein Einkommen zu erlangen... Patrimonialisierung, Pfründedenken, Klüngelwirtschaft, Korruption und auch das Körperschaftswesen sind informelle Institutionen, die letztlich den politischen Freiheiten abträglich sind.

Die große Ungleichheit und Armut stellen das axiologische Fundament der Demokratien in Frage: Kein Leben darf mehr wert sein als ein anderes, daher haben wir alle das gleiche Recht auf politische Mitbestimmung.

In Lateinamerika **ist die Ungleichheit nicht die Folge, sondern die Ursache der Unzulänglichkeiten der Demokratie**, der Märkte, des Rechtsstaats, der Effizienz des Staates sowie der extremen politischen und sozialen Polarisierung. Wenn ihre **schrittweise Reduzierung** nicht zur **Priorität der Entwicklungsagenda** erklärt wird, werden die vorgeschlagenen neuen Programme ohne Zweifel von neuen Enttäuschungen begleitet werden. Daher lässt sich Ungleichheit mit sozialen Strategien allein nicht

wirksam bekämpfen. Soziale Ungleichheiten müssen in sämtlichen öffentlichen Politiken überwunden werden, vor allem aber ist eine Änderung der Machtverteilung und der Spielregeln zwischen den verschiedenen sozialen Akteuren vonnöten, das heißt, eine institutionelle Reform.

Lateinamerika konnte nicht den vollen potenziellen Nutzen aus der regionalen Wirtschaftsintegration ziehen, was zum Teil an der schwachen bzw. fehlenden Glaubwürdigkeit der internen Institutionen lag. Generell mangelt es an den für eine Marktwirtschaft charakteristischen grundlegenden Institutionen. Das ist so, weil die tatsächlich bestehenden Institutionen die Vermögenswerte der Bürger nicht oder nur auf diskriminierende Weise schützen, willkürliche Eingriffe der öffentlichen Verwaltungen in das Wirtschaftsleben verteidigen, den öffentlichen Dienst zu einem Erbgut, zu einer Pfründe machen, die Errichtung von Unternehmen mit hohen Kosten belegen, den Wettbewerb im Binnenmarkt nicht unter Schutz stellen und häufig ineffiziente Unternehmen schützen, deren Arbeitnehmer und Gläubiger jedoch ohne entsprechenden Schutz lassen, wenn sie aus dem Markt gedrängt werden. Die wirtschaftsrechtlichen Vorschriften und die Überwachung durch Agenturen lassen ernsthafte Zweifel an deren Unparteilichkeit und fachlichen Kompetenz aufkommen.

Wirtschaftliche Integration darf nicht nur von supranationalen Institutionen ausgehen, sondern muss sich darüber hinaus auf kompatible und verlässliche nationale Institutionen stützen. Die reinen Freihandelszonen lassen enorme Unterschiede in dem internen wirtschaftlichen und rechtlichen institutionellen Gefüge zu. Doch die Errichtung eines wirklichen gemeinsamen Marktes – einer viel höheren Form der wirtschaftlichen Integration – kann nur über die europäische Methode der Einführung eines supranationalen Rechts erfolgen, das nur dann zur Wirkung kommt, wenn die nationalen Institutionen entsprechend ausgerichtet sind. Die Geltung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung und das Vertrauen in die nationale Anwendung des Gemeinschaftsrechts wären ohne diese institutionelle und rechtliche Kohärenz nicht möglich.

Die bestehende politische, wirtschaftliche und soziale Unzuverlässigkeit bildet den harten Kern des lateinamerikanischen institutionellen Gefüges, ihre Metastasen schwächen die Demokratie und die Märkte und zersetzen die Gesellschaften.

Es gibt eine neue – und gefährliche – Erwartung, dass nämlich einfach über eine Öffnung der Märkte der Industrieländer für wettbewerbsfähige Produkte aus Lateinamerika ein bedeutender Sprung nach vorn ausgelöst würde. Es steht außer Frage, dass wir für diese Öffnung eintreten müssen, aber auch, dass sie von einem Schuldenerlass flankiert sein muss. Daher müssen wir uns zu strikten institutionellen Reformen verpflichten. Ohne sie könnten die lateinamerikanischen Länder erneut eine Entwicklung von Enklaven erfahren, könnten die Exporterlöse von den Wirtschaftseliten aufgefangen werden, die sich nicht für die Entwicklung des nationalen Marktes und der nationalen Produktionskapazitäten einsetzen. Gleichzeitig könnten sich diese Eliten unter dem Vorwand von Korruption bzw. Günstlingswirtschaft im Steuersektor, die sie den Regierungen vorwerfen, mit denen sie jedoch privilegierte Beziehungen unterhalten, weiterhin einer Steuerreform widersetzen.

Es gibt eine weitere, historisch neue Komponente, die wir berücksichtigen müssen. Lateinamerika ist zu einer hochgradig urbanisierten Region geworden. Mehr als 75 % der Lateinamerikaner leben in Städten. Die institutionelle Reform muss eines ihrer Hauptziele in einer stärkeren lokalen und regionalen Regierbarkeit sehen. Den Städten und Regionen ist in der globalisierten Welt, in der sie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung

vorantreiben und mit Dynamik erfüllen, eine neue Rolle zugefallen. Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Solidarität hängen nicht nur von den makroökonomischen Bedingungen und den staatlichen Politiken ab, sondern auch vom Handeln der lokalen und regionalen Regierungen. Über die Schaffung eines günstigen Umfelds für die Entwicklung der eigenen Produktionskapazitäten, für die Gewinnung von Investitionen und für eine bestmögliche Anknüpfung an die globalen Märkte wird auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene entschieden. Die Städte, die Städteverbände und die Regionen entwickeln sich von Verwaltungen für Dienstleistungen zu Regierungen, die vor allem die Entwicklung ihrer jeweiligen Gebiete leiten. Die außenpolitische Aufgabe des Staates wird durch eine neue Diplomatie der Städte ergänzt, die in der Lage ist, aus Sicht der Staaten manchmal sehr schwierige grenzüberschreitende Beziehungen zu koordinieren.

Der Schwerpunkt Regierbarkeit der Städte muss mit der Umwandlung des alten lateinamerikanischen Föderalismus in einen kooperativen Föderalismus einhergehen. Der alte Föderalismus hat Machtverteilungen zwischen nationalen und regionalen Eliten institutionalisiert, die einer Integration der Binnenmärkte nicht zuträglich waren. Der Preis für die mit diesem institutionellen Gefüge gewonnene Stabilität war hohe wirtschaftliche Ineffizienz. Heute geht man in vielen Ländern einen Weg der Regionalisierung bzw. der Erneuerung des Föderalismus.

Bisher haben wir ein sehr allgemeines Bild der Lage in unserer Region umrissen und untersucht, welches möglicherweise einige der wichtigsten Probleme und Konfliktquellen sind, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Im Folgenden soll es darum gehen, Alternativlösungen vorzuschlagen und die Rolle zu prüfen, die unsere Institutionen spielen sollten.

## **Was ist zu tun?**

Vor allem sollte man nicht glauben, dass sich allein durch eine Beschleunigung der derzeitigen Dynamik viel erreichen lässt. Die Situation birgt Gefahren und verlangt dringend Änderungen, sie lässt keine Notlösungen oder mehr Althergebrachtes, das nur geringfügig aufgebessert wurde, zu. Die von uns vorgeschlagene institutionelle Reform ist keine technische Aufgabe, sondern eine grundlegend politische Herausforderung. Lateinamerika verzeichnet einen Überschuss an technischer und ein enormes Defizit an politischer Zusammenarbeit. Gerade sie wird jedoch am meisten benötigt. Die institutionelle Reform ist ohne politische Anleitung und ohne erneuerte ethische Impulse nicht möglich.

Im Gründungsvertrag des Lateinamerikanischen Parlaments besagt: *„...IN DER ÜBERZEUGUNG, dass die Integration Lateinamerikas als gemeinsames Ziel unserer Länder ein historischer Prozess ist, der beschleunigt und vertieft werden muss...“*, um folgende Strategien festzulegen:

*„...a) die umfassende wirtschaftliche und soziale Entwicklung der lateinamerikanischen Gemeinschaft zu fördern und dafür einzutreten, dass sie in kürzester Frist die volle wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration ihrer Völker erreicht;*

*b) die uneingeschränkte Geltung der Freiheit, sozialen Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Ausübung der repräsentativen Demokratie unter strikter Einhaltung der Prinzipien der Nichteinmischung und der freien Selbstbestimmung der Völker zu verteidigen;*

*c) über die strikte Achtung der grundlegenden Menschenrechte zu wachen, um zu verhindern, dass sie in einem lateinamerikanischen Staat in irgendeiner Form verletzt werden;...“*

In Anbetracht der soeben erwähnten Gründungsprämissen des Lateinamerikanischen Parlaments würde unseres Erachtens eine mögliche Lösung für diese Problematik darin bestehen, angemessen auf alle großen Aufgaben der Globalisierung zu reagieren – vor allem das Entstehen neuer gesellschaftlicher Organisationen, die global verknüpft und auf spezifische Themen ausgerichtet sind, und auf diese Weise einen sehr aktiven Einfluss auf die Festlegung neuer internationaler Regelungen und gleichzeitig auf die Aktionsrichtung unserer Organisationen zu nehmen.

Zunächst müssen wir bekräftigen, dass beim Aufbau legitimerer und zivilisierterer internationaler Beziehungen die Staaten weiterhin als Hauptakteure in Erscheinung treten. Doch müssen sie ihre Rolle stets auf der Grundlage der Anerkennung und Achtung der Pluralität und eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen ihren eigenen und den globalen Interessen wahrnehmen.

Zweitens können wir behaupten, dass es Aufgabe unserer multilateralen Institutionen ist, zur Erarbeitung globaler Standpunkte beizutragen, da Regierbarkeit nur dann gegeben ist, wenn die Regierungen, die sozialen Bewegungen und Organisationen und der Privatsektor lernen, sich untereinander abzustimmen und für Entscheidungsfindungen von weltweiter Bedeutung zusammenzuarbeiten. Diese vielfältigen Prozesse lassen durch unsere Arbeit den Willen zur Zusammenarbeit in verbindliche globale Regelungen oder Rechtsvorschriften einfließen, die immer mehr auf gemeinsamen Visionen und breiteren Konsensen basieren. Gleichzeitig müssen wir der Stärkung der global-lokalen Achse Auftrieb geben, da viele Entscheidungen auf einer dieser Ebenen das Handeln bzw. die Mitwirkung der anderen Ebene erforderlich machen (z. B. die Agenden 21).

Nun ist aber Zusammenarbeit ohne Verzicht auf einige der formellen Befugnisse der bestehenden Staaten nicht möglich. Um zusammenarbeiten zu können, müssen sich die Länder mit einer eingeschränkten und geteilten Souveränität begnügen. Wie Fälle aus der Vergangenheit zeigen, führt diese Übertragung auf die überstaatlichen Institutionen dazu, dass die Handlungsfähigkeit zunimmt, die Lösung von Problemen vorangebracht und Einfluss auf globaler Ebene gewonnen wird. Von ganz bestimmten Ausnahmen abgesehen, verfügen die voll souveränen Staaten, die in den überstaatlichen Kooperationsinstitutionen nicht mitwirken, über weniger Handlungsfähigkeit nach innen und nach außen.

Diese globale und kontinentale Integration wird nur über eine Reorganisation der Regierungsapparate sowohl in unseren Organismen als auch in denen der Mitgliedstaaten möglich sein, was wichtige Neuerungen und weiter reichende institutionelle Kapazitäten erforderlich macht. Dies ist unleugbar darauf zurückzuführen, dass die meisten der traditionell internen Politikbereiche in die globalen Agenden aufgenommen werden - etwa die Sicherheitspolitik, der nachhaltige Umweltschutz, die präventive Medizin, Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklungszusammenarbeit.

**Das Lateinamerikanische Parlament** arbeitet und arbeitet unbeirrt in diese Richtung. Unser Projekt der **Lateinamerikanischen Gemeinschaft der Nationen kommt** auf dem Weg hin zu seiner **Institutionalisierung** und instrumentellen Ausgestaltung langsam, aber unaufhaltsam **voran**. Die Verteidigung der Demokratie, der Menschenrechte und der Beginn einer gemeinsamen Rahmengesetzgebung auf



kontinentaler Ebene sind einige der Erfolge, die wir in diesen vierzig Jahren des Bestehens, auf die wir in Kürze zurückblicken, vorweisen können.

## **Das Angebot Europas**

**Europa hat Lateinamerika im Bereich der Institutionen viel zu bieten.** Der soziale Rechtsstaat, die soziale Marktwirtschaft – ökologisch-sozial, wenn man so will –, sind echt europäische Gebilde. Sein Entstehungsprinzip beruht darauf, dass die freien und effizienten Märkte einerseits keine Selbstverständlichkeit sondern das Ergebnis einer mühsamen historisch-institutionellen Aufbauarbeit sind, und dass andererseits die von den effizienten Märkten freigesetzten Kräfte die soziale Kohäsion und den nachhaltigen Umweltschutz nicht gefährden können. Die historische Erfahrung Europas besagt, dass Märkte nur dann Effizienz und Kohäsion vereinen, wenn sie anerkannt und garantiert und gleichzeitig reguliert und begrenzt werden. Der Rechtsstaat ist auch für die Wirtschaft notwendig. Ohne ihn blühen nicht die freien Märkte auf, sondern die Mafia und das Gesetz des Stärkeren.

Daher hat sich die **europäische Wirtschaftsintegration nicht nur auf die supranationalen Institutionen, sondern auf die Existenz kompatibler und glaubwürdiger nationaler Institutionen gegründet.** Die reinen Freihandelszonen erlauben sehr große Unterschiede im internen institutionellen Gefüge von Recht und Wirtschaft. Doch der Aufbau eines wirklich gemeinsamen Marktes oder Binnenmarktes – der eine viel höhere Form der Wirtschaftsintegration darstellt – kann über die europäische Methode der Schaffung eines supranationalen Rechts erfolgen, das nur dann zur Wirkung kommt, wenn die nationalen Institutionen entsprechend darauf ausgerichtet sind. Die Geltung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung und das Vertrauen in die nationale Anwendung des Gemeinschaftsrechts wären ohne diese institutionelle und rechtliche Kohärenz nicht möglich. **Europa kann die Initiative ergreifen zur Erarbeitung eines innovativen Plans der politischen Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern.**

Zweitens müssen die lateinamerikanischen Länder dabei unterstützt werden, die Reform der formellen und informellen Institutionen – über die Herstellung eines besseren Gleichgewichts zwischen ihnen – ganz oben auf ihre Entwicklungsagenden zu setzen. Verschiedene Instrumente können für diese Ziele dienlich sein: die Einrichtung gemeinsamer Datenbanken zu Regierbarkeit und Entwicklung; die Ausbildung von Politikern und öffentlichen Verantwortungsträgern im Rahmen der institutionellen Reform; die Erstellung von Gutachten über den Zustand der nationalen und regionalen Institutionen; die Erarbeitung nationaler Staatsführungsprofile; die Unterstützung und sogar die Forderung nach Erarbeitung nationaler Strategien zur institutionellen Entwicklung, die die Verpflichtung enthalten, eine verantwortungsbewusste Staatsführung voranzubringen; die Ausrichtung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit auf die vorrangigen strategischen Ziele sowie die Unterstützung beim Ausbau entsprechender nationaler Kapazitäten. Eine weitere Förderung institutioneller Reformen in Ländern, die weder die Kapazität noch eine Strategie für die institutionelle Entwicklung haben, läuft darauf hinaus, weiter auf eine fragmentarische und unkoordinierte Zusammenarbeit zu setzen, die daher eher Teil des Problems als der Lösung ist. **Europa könnte sich verpflichten, nationale und lokale Kapazitäten für die Leitung der institutionellen Reform zu errichten.**

Drittens muss sich die europäische Unterstützung darauf konzentrieren, die demokratische Stärkung mit dem Aufbau und der Integration der Wirtschaft und des Marktes unter Einbeziehung der sozialen Komponente zu verbinden. Damit die Demokratie vorankommt und die Gesellschaft nicht zerfällt, müssen wir in allen Ländern eine Vielzahl von ordnungsgemäß ausgestalteten Unternehmen und Arbeitsplätzen schaffen. Der Weg in die Zukunft Lateinamerikas verläuft über eine drastische Erweiterung seiner unternehmerischen Kapazitäten und über die damit verbundene Multiplikation und Transformation der Mittelschichten. Das ist jedoch unmöglich ohne einschneidende institutionelle Reformen, die nicht konfliktfrei ablaufen werden. Das Schlimmste, was geschehen könnte, wäre, dass die konstruierte Verwechslung des bestehenden Kapitalismus mit Marktwirtschaft weiter zunimmt. Institutionelle Reform heißt auch, dass jedes Ding wieder bei seinem Namen genannt wird. Wenn das unterbleibt, könnten manche gute Absichten erneut durch unbegründete Alternativen abgebremst werden, die die Anerkennung und das Lernen zwischen Widersachern letztlich verhindern.

Europa sollte Bewertungen der Qualität des in den verschiedenen Ländern und in den großen Hauptstädten der Region vorhandenen unternehmerischen und produktiven Umfelds fördern, um die institutionellen Vakuen aufzudecken, deren Ausfüllung die Hauptaufgabe der Regierungen, der Unternehmen und der Verbände und Gewerkschaften sein müsste. Dies würde den bestehenden tiefgehenden strukturellen Zusammenhang zwischen der Schaffung des institutionellen Gefüges leistungsfähiger Märkte und der Stärkung der demokratischen Institutionalität deutlich machen. **Demokratisches Regieren, wirtschaftliche Integration und sozialer Zusammenhalt führen über ein und dieselbe umfassende Strategie einer institutionellen Reform.**

Viertens müssen sich Europa und Lateinamerika entschieden für ein demokratisches Regieren und für lokale und regionale Entwicklung einsetzen. Es geht nicht darum, einer durch die globalen Prozesse geschwächten staatlichen Macht eine lokale Macht entgegenzusetzen. Der Aufbau von National- oder Multinationalstaaten stellt nach wie vor einen unverzichtbaren Schwerpunkt der lateinamerikanischen Entwicklung dar, den Europa anerkennen und unterstützen muss. Bei der Entwicklung kann nicht weiter auf die lokalen und regionalen Akteure verzichtet werden, doch die Eingliederung in die Weltwirtschaft, die Schaffung eines günstigen Umfelds für die Produktion und für Investitionen, die Garantierung von Pluralismus und Zusammenhalt... ist nicht möglich ohne die Staaten, die wieder in zunehmendem Maße zu den großen Vermittlern der für unsere Zeit charakteristischen wechselseitigen Abhängigkeiten werden.

Die Dezentralisierung ist eine weltweite Erscheinung, die die Globalisierung und die dadurch erforderlich gewordene Reform des Staates begleitet. Europa muss Lateinamerika in diesem Prozess noch entschiedener unterstützen. Das Hauptinstrument wird weiterhin die dezentralisierte Zusammenarbeit sein, jedoch indem man diese für die Regionen und Bundesstaaten öffnet und versucht, die gelernten Lektionen einzubeziehen. Insbesondere sollte Europa die Schaffung eines lateinamerikanischen Netzwerks von Lokal- und Regionalgewalten unterstützen, das sich vor allem der Unterstützung und gemeinsamen Nutzung von Strategien des lokalen Regierens und der lokalen Entwicklung sowie der Unterstützung lokaler Kapazitäten für die Schaffung eines günstigen Umfelds zur Entwicklung der Produktion verschreiben sollte.

Fünftens müssen sich Europa und Lateinamerika dafür einsetzen, dass die Reform der Vereinten Nationen vorangetrieben und ihre Charta aktualisiert wird, damit sie auf die Herausforderungen der Gegenwart reagieren kann, und dass der Sicherheitsrat reformiert, repräsentativer und wirkungsvoller gemacht wird.

## Die politischen Parteien

Das Hauptproblem der lateinamerikanischen politischen Parteien besteht darin, dass sie immer mehr der Vorstellung nahe kommen, die die Menschen von ihnen haben. Fatalistisch, dem Präsidentsystem oder dem Caudillismus anhängend, romantisch, atavistisch und pragmatisch – unsere Parteien leben gefangen in einer Kommunikationsfalle, in der sie, ganz gleich, was sie tun, immer erreichen, dass sie die Meinungen der anderen gegen sich haben. Dieser Umstand ist sehr schlecht für die Demokratien, denn da er dem politischen System die Legitimität entzieht, nehmen die Möglichkeiten ihrer Regierbarkeit ab. Meinungsumfragen zeigen, dass die von den Lateinamerikanern am wenigsten geachteten Institutionen die Parlamente, die Regionalversammlungen und die Kommunalräte sind, die mit den Stimmen denjenigen gewählt wurden, die sie heute als korrupt und wirkungslos kritisieren. Aus denselben Umfragen geht hervor, dass das Vertrauen in die Parteien im Durchschnitt sehr niedrig ist.

Die Krise der Parteien verbindet sich mit der Krise des repräsentativen Systems und seiner Unfähigkeit, auf die wachsenden Forderungen nach einem sozialen Wandel einzugehen, die das Ergebnis eines Wirtschaftsmodells sind, das sich im Bereich von Recht und Billigkeit als zu kostspielig erwiesen hat. Die repräsentative Demokratie wurde als Errungenschaft breiter Bevölkerungskreise geboren, die über die fehlende Möglichkeit frustriert waren, die Anerkennung ihrer Rechte über Formeln der direkten Demokratie zu erreichen, deren Paradigma damals das kommunistische Modell war. Im 19. Jahrhundert gediehen als Folge dieser kollektiven Repräsentationsnotwendigkeit Kanäle und Akteure für den Dialog zwischen Gesellschaft und Staat, wie etwa die politischen Parteien und die Parlamente, deren Aufgabe darin bestand, die allgemeinen Interessen der Gesellschaft gegenüber dem Staat zu vertreten und die Forderungen der Bürger nach konkreten Veränderungen den Entscheidungsorganen der Regierung gegenüber zu vertreten.

In Lateinamerika wurden die Parteien aus der Polarisierung um ideologische Zwangslagen wie Feudalismus oder Zentralismus, weltlicher oder konfessioneller Staat, öffentliche oder private Bildung geboren. Die Grundfundamente der lateinamerikanischen Parteien waren die Kirche, die Streitkräfte und das Privatunternehmertum; im 20. Jahrhundert wurde ihre Bildung durch exogene Faktoren begünstigt wie die sowjetische Expansion, die kubanische Revolution oder internationale Partisanenverbände; stets wurde die programmatische Erneuerung der Parteien aus der Dynamik sozialer Bewegungen gespeist. Heute stellt man überrascht fest, dass über die Hälfte der derzeit in Lateinamerika agierenden Parteien aus den in den letzten dreißig Jahren in der Region aufgetretenen Demokratisierungsbemühungen heraus entstanden sind (Alcántara, 1994).

Durch die überkommene Armut und die von den neuen Führern zu Beginn der republikanischen Phase begangenen Fehler gewöhnten sich die Parteien an sträfliche Praktiken wie Korruption und Klüngelwirtschaft. Die Verteilung öffentlicher Sozialgüter wie Bildung, Wohnraum, Gesundheit oder Chancen auf dem Arbeitsmarkt nach wahlpolitischen oder schlicht egoistischen Kriterien wurde zur Gewohnheit. Am Ausgang des 20. Jahrhunderts sah das Panorama nach mehreren Bürgerkriegen und vielen Toten im Wesentlichen genauso aus wie an seinem Beginn. Die wachsende soziale Ausgrenzung, die das neoliberale Wirtschaftsmodell mit sich brachte, verschärfte die Krise des regionalen repräsentativen Modells und verstärkte die politische Ausgrenzung, was das Misstrauen der Menschen in ihre Führer, ihre Regierungen und ihre Parteien erneut aufleben ließ.

Einige Massenmedien haben eine Schlüsselrolle bei diesem Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien gespielt, indem sie ihre legitime Kontrollgewalt benutzten, mithilfe von Skandalen und Sensationsberichterstattung die Politik zu verteufeln. Während die Parteien die Politik durch Erscheinungen wie die Klüngelwirtschaft instrumentalisierten, haben diese sensationslüsternen Medien sie trivialisiert und im Dienste der Einschaltquoten von Rundfunk und Fernsehen und der Auflagenhöhe der Printmedien in ein Spiel von Symbolen und Bildern verwandelt. Es gibt nicht wenige Massenmedien in Lateinamerika, die heute Maßnahmen und Führer beurteilen, auszeichnen, rügen, beschließen, wählen und durchsetzen, ohne die geringste politische Verantwortung zu übernehmen. Ja schlimmer noch: Die visuelle bzw. über das Fernsehen betriebene Politik zerstückelt die Weltanschauung, die die politische Botschaft als solche transportieren sollte; heute sehen die Fernsehzuschauer über den Bildermarkt auf ihren Bildschirmen Ereignisse, Gesichter, Bruchstücke von Landschaften, Emotionen, empfangen jedoch keine Inhalte und schon gar keine alternativen Vorschläge.

Die lateinamerikanischen politischen Parteien tragen selbst am stärksten zu ihrem Prestigeverlust bei, indem sie Haltungen einnehmen, die gegen ihre Bestimmung zur Vertretung der öffentlichen Interessen gerichtet sind; viele von ihnen sind zu Wahlunternehmen im Kleinformat geworden und haben sich von der Maxime von Unamuno entfernt, wonach es nicht darauf ankommt zu gewinnen, sondern zu überzeugen: Die lateinamerikanischen Parteien siegen, aber sie überzeugen nicht. Die Art, wie sie sich präsentieren, hat sie letztlich zu Wahlbeteiligungsmaschinen mit dem Ziel werden lassen, Regierungen zu wählen, deren Legitimität mehr an ihrer Fähigkeit gemessen wird, Dinge zu tun als Interessen zu vertreten. Unter den gegebenen politischen Verhältnissen werden im Alleingang agierende Führer aufgewertet, die wie Cowboys durch die Welt gehen und dabei kein Unrecht beseitigen wie der unvergessliche Don Quijote, sondern Unrecht begehen.

Die Lösung der Krise der lateinamerikanischen Regierbarkeit verläuft somit über die ihrer Parteien. Man kann ihnen jedoch nicht die gesamte Schuld an den Regierbarkeitsproblemen geben, indem man ihnen in einem Maße vorwirft, sie könnten Schäden verursachen, das nicht mit der allgemeinen Vorstellung ihrer Ohnmacht übereinstimmt. Es ist zum Beispiel offensichtlich, dass die Parteien und ihre Sprecher als Vertreter der Provinzen und Regionen gegen die Präsenz der übermäßig zentralistischen und zentralisierten Staaten tätig geworden sind; sie haben auch die Rolle von Verteilern öffentlicher Güter ausgeübt; eine Rolle, die die staatliche Agenturen unter Berücksichtigung solider Kriterien wie Zweckmäßigkeit und Leistungsfähigkeit nicht wahrzunehmen vermochten.

Die Wiedererlangung der Regierbarkeit in Lateinamerika beginnt mit einer tief greifenden politischen Reform, deren Ausgangspunkt in der Neubewertung ihrer politischen Parteien besteht, insbesondere der Rolle, die diese als Treibriemen zwischen der Gesellschaft, dem Staat und dem Markt erfüllen müssen.

Was wir brauchen, ist nicht das Verschwinden der Parteien, sondern ihre Stärkung; was wir brauchen, sind nicht viele Parteien, sondern starke Parteien. Und diese Stärke hängt von ihrer Fähigkeit und von ihrem Willen ab, transparenter zu handeln, sich politisch neu zu orientieren und den Sozialpakt in ihr politisches Engagement wieder mit einzubeziehen.

Aber die wirkliche Definition der Rolle der lateinamerikanischen politischen Parteien beginnt und endet mit der Annahme eines neuen politischen Systems, das ihnen innerhalb eines neuen Netzwerks regionaler Regierbarkeit gestattet, ihre Fähigkeit

zurückzuerlangen, anerkannte, legitime und leistungsfähige politische Akteure und Gesprächspartner des Staates und der Gesellschaft zu sein.

Das zentrale Anliegen der politischen Reform, die Lateinamerika benötigt, ist die Überwindung der Repräsentativitätskrise, die heute seine Regierbarkeit ernsthaft erschwert und seine Demokratie gefährdet. Neben der Gewährleistung der Stärkung der Gesprächsfähigkeit der traditionellen politischen Akteure, wie der Parteien und der Parlamente, muss die neue Repräsentativität die Anerkennung der globalen, sozialen und geografischen Räume erreichen, über die die Bürger bei Nichtvorhandensein von Parteien heute ihre Forderungen nach Veränderung regeln.

Der Kampf um globale Themen wie die Menschenrechte und den Umweltschutz, die Mitwirkung in Bürgerinitiativen wie Einwohnerversammlungen oder Elternvereinigungen und das zunehmende Interesse für die lokalen Probleme der öffentlichen Dienstleistungen und die Sicherheit der Bürger sind Bestandteil dieses neuen Rahmens. Nur eine klare und endgültige institutionelle Antwort wird verhindern, dass die Straßendemokratie, die Demokratie der aufrührerischen Proteste und der gewaltbereiten Kundgebungen zur neuen Regierungsform auf dem Kontinent wird, wie dies vor kurzem in Bolivien und Haiti und vor einigen Jahren in Argentinien und Ecuador geschehen ist.

Das semiparlamentarische Regime bietet die Möglichkeit, institutionelle Auswege anzuwenden (etwa die Auflösung des Kongresses oder vorgezogene Wahlen), um politische Krisen dieser Art zu vermeiden, die nicht nur die kurzfristige Regierbarkeit sondern auch ein dauerhaftes institutionelles Gefüge gefährden.

Rein formell gesehen, muss diese Reform sich die Ablösung des gegenwärtigen Präsidentsystems durch ein semiparlamentarisches System zum Ziel setzen, das den Protagonismus von Parteien und Parlamenten im politischen Wandel wiederherstellt, ihr Verhältnis zur Exekutive neu definiert und die Unabhängigkeit der Judikative gegenüber den beiden anderen Gewalten sichert. Die Reform muss darüber hinaus eine Trennung der Aufgaben der Repräsentation des Staates, die ein Präsident wahrnehmen könnte, von der administrativen Verantwortung eines Regierungschefs durchsetzen, der von der parlamentarischen Mehrheit im Kongress und im Kabinett gewählt wird: der Präsident als Staatsoberhaupt, der sich auf die internationale Vertretung des Landes, die Führung seiner Streitkräfte, das interne territoriale Gleichgewicht und die Kontrolle der Einhaltung der Grundzüge des Entwicklungsplans konzentriert, und der Präsident als Regierungschef, der sich der administrativen Aufgabe widmet, auf der Grundlage der internationalen Normen der „verantwortungsvollen Staatsführung“ zu regieren.

Die Möglichkeit zur Konsolidierung eines neuen Netzwerks lateinamerikanischer Regierbarkeit, deren Bestandteil unsere erneuerten Parteien sein würden, stößt auf gravierende Einschränkungen durch den Caudillismus in diesen Parteien, der Ursache und gleichzeitig Konsequenz der starken präsidentiellen Ausrichtung unserer politischen Systeme ist. Das lateinamerikanische Präsidentsystem ist eine schlechte Kopie des nordamerikanischen; während letzteres in eine föderale Regierungsstruktur eingebettet ist, die als demokratisches Gegengewicht zur Zentralgewalt in Washington dient, und der Rechtsschutz durch den Obersten Gerichtshof gewährleistet ist, der die nationale Kohärenz der Institutionen garantiert, ist das lateinamerikanische eine schlechte Mischung aus Caudillismus, politischem Zentralismus und geografischer Ausgrenzung.

Der Beitrag Europas auf der Grundlage seiner langjährigen und erfolgreichen Erfahrungen bei der Entwicklung der parlamentarischen Systeme wäre für unseren Kontinent äußerst wertvoll. Viele unserer Parteien gehören politischen Internationalen an,

die eine starke Unterstützung und Beratung durch ihre europäischen Mitglieder erhalten. Die Ausarbeitung eines systematischen Plans zur Ausbildung von Führungskräften und die Durchführung von Lehrgängen zur Sensibilisierung für die Vorteile eines neuen politischen Repräsentationssystems könnten einen bedeutenden Schritt zur Lösung der in Lateinamerika anstehenden Probleme und vor allem zur Verminderung der Risiken darstellen, die unser demokratisches Leben bedrohen.

## Schlussfolgerung

Die Anerkennung der dringenden Notwendigkeit einer Demokratie, die durch ihre institutionelle Organisation allen Bürgern die allumfassende Geltung der Rechte garantiert, ist unsere unumgängliche Pflicht. Dazu gibt es keine Alternative. Wir stehen allein vor dieser Herausforderung. Lassen Sie uns die Souveränität zurückerlangen, denn externe Demiurgen gibt es nicht. Wagen wir es. Lassen Sie uns unseren Wunschtraum zurückgewinnen. **Versuchen wir, die Einbeziehung aller Bürger in einen „Traum“ zu erreichen, der unsere Kontinente umfasst.** MACHEN WIR POLITIK.

Abschließend möchte ich einen Satz des ersten Präsidenten des Lateinamerikanischen Parlaments, meines Landsmanns Luis León, anführen, der 1964 in Lima (Peru) sagte: *„Ich komme, um die Herausforderung anzunehmen, in den gemeinsamen Kämpfen unseres Lateinamerikanischen Vaterlands für Demokratie, Integration, Emanzipation und Frieden als neue Ablösung aufzutreten.*

*Amerika braucht seine Menschen lebend und nicht tot. Der freie, gesunde und denkende Mensch ist unser historisches Subjekt, deshalb verurteilen wir den Terrorismus...*

*Man muss sich integrieren...! Gehen wir hinaus auf die Straße, um den Kurs des Lateinamerikanischen Parlaments zu erläutern. Gehen wir zu den Gewerkschaften und sagen wir unseren Arbeitnehmern, dass die Integration ausreichenden Arbeitslohn bedeutet. Sagen wir unseren Unternehmern, dass Gewinn ethisch ist, wenn er im humanen Sinne auf die solidarischen Bereiche der Gesellschaft ausgerichtet ist. Sagen wir der Kirche jedes einzelnen, dass Integration die spirituelle Unterstützung der Nächstenliebe erfordert...*

*Lassen Sie uns weiterarbeiten; auf Siege oder Niederlagen kommt es nicht an. Wichtig ist, wie wir kämpfen. Wir werden moralisch kämpfen, damit auch unsere gesamte Geschichte ethisch vertretbar ist.“*